

"Das Ende des Formelkrams" in Die Zeit (14. Juni 2001)

Quelle: Die Zeit. 14.06.2001, n° 25. Hamburg.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"das_ende_des_formelkrams"_in_die_zeit_14_juni_2001-de-d0a2ffcb-7f60-45ca-bc62-aa90f2125495.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Ende des Formelkrams

Das Nein der Iren zwingt zur Demokratisierung der EU

Christian Wernicke

Brüssel

Drei Buchstaben, 529 478-mal angekreuzt, haben Europa in eine Krise gestürzt: Einfach "nî!" riefen die Iren dem Kontinent zu, ganz gälisch, sehr gallig. Ihr Nein gilt dem EU-Vertrag von Nizza, jenem krausen Konvolut realpolitischer Kompromisse. Damit wollte sich Westeuropa an die Osterweiterung, an die vermeintliche "Überwindung von Jalta" wagen - und der Deal gilt nur, wenn alle 15 EU-Nationen zustimmen. Nun das nî! - ist also alles aus?

Wohl nicht. Schon zu Beginn dieser Woche waren "der Schock" und "die tiefe Enttäuschung", die zunächst aus den Regierungszentralen der Alten Welt verlautbart wurden, wieder verfliegen. Ein Fall von Therapie durch Rhetorik. Als könne man das Wort vom drohenden "Selbstmord Europas" wieder aus der Welt schaffen, mit dem Tschechiens Präsident das irische Votum quittiert hatte. Schwedens Außenministerin Anna Lindh, derzeit immerhin die Vorsitzende im Ministerrat, verkündete gar, man werde in der EU im Allgemeinen und bei der Erweiterung im Besonderen "weitermachen wie bisher". War da was?

Die Ignoranz offenbart nur, wie sehr Europa des Einspruchs, des Widerspruchs von unten bedarf. Nî!, das heißt: So nicht weiter! Mehr noch als die (relative) Majorität der Neinsager entsetzt die (absolute) Mehrheit jener bislang doch so euro-phorischen Iren, die nicht einmal mehr abstimmen wollte über den neuen EU-Vertrag. Seit zehn Jahren, seit dem "nej" der Dänen zu Maastricht, salbadert Europas politische Klasse nun von "mehr Bürgernähe" und "Transparenz" - und hat doch nichts dazugelernt. Im Gegenteil: In Nizza wurde genauso geheimratsartig, aber obendrein noch kleingeistiger und verhärmt gefeilscht als seinerzeit zu Maastricht. Herausgekommen ist ein Dokument, das selbst ein kommissionierter Berufseuropäer wie Romano Prodi den "Mittelweg zwischen Perfektion und Desaster" nennt.

Eben dieses Desaster hat Methode - eine Methode namens Regierungskonferenz. So hieß jene klandestine Tafelrunde, die in Nizza die Selbstblockade des Kontinents herbeiführte. Dicke Mauern und schalldichte Saaltüren schützten die Staats- und Regierungschefs - und doch regierte drinnen die Furcht der Herrschenden vor dem vermeintlichen Bürgerzorn auf den "Moloch Brüssel". Der angeblich drohende Volkszorn zu Hause wurde regelmäßig zum Alibi, sobald irgendein europäischer Fortschritt kleinste nationale Interessen berührte. Das Ergebnis waren Formeln, die Europa weder mehr Demokratie noch Handlungsfähigkeit bescherten - und die kaum ahnen ließen, wer eigentlich für was verantwortlich ist in der EU. Das wiederum macht Bange, schürt "unten" just jene Ängste, auf die sich "die da oben" berufen. Ein Teufelskreis, der im nîl endete.

Wie nun weiter? Schon produziert Europas altes Denken Notlösungen: Man könne, raten clevere Diplomaten augenzwinkernd, die widerspenstigen Iren mit einer lauwarmen Erklärung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Neutralität versichern. Oder ihnen den Schneid mit ein paar Milliarden aus Brüssels Strukturfonds abkaufen - Hauptsache, sie trollen sich hernach an die EU-Urnen und sagen doch noch brav ihr "tá". Doch machen solche Trickereien Sinn, wo nicht einmal die Regierung in Dublin erklären kann, warum ihr Volk so abgestimmt hat?

Nein, es führt kein Weg vorbei an einem kardinalen Eingeständnis: Die tradierte Methode der Gründerväter, Europas Zukunft stets still und leise zu bauen, treulich Schritt für Schritt voranzugehen auf einem nimmer endenden Marsch ohne klares Ziel - auf diese Art und Weise kommt die EU nicht mehr voran. Nicht nur die Iren wollen schließlich wissen, wohin die Reise geht.

Just diese Debatte um die Verfassung und Bestimmung Europas (eurokratisch: "die Finalität") hat ja längst begonnen. In Deutschland, wo Fischer und Schröder, Schäuble wie Stoiber mitstreiten, ist laut Umfragen das Interesse an der Zukunft des Kontinents wiederbelebt. Auch die Franzosen diskutieren - wohlgermerkt nicht

gegen, sondern über Europa. In Irland hingegen, wo Nizza zwei von drei Wählern vorige Woche nicht hinter dem Ofen hervorlocken konnte, versuchte die Regierung, diese Grundsatzdebatte bis nach dem Referendum zu ersticken.

Jetzt ist sie da - die "konstitutionelle Krise", die Joschka Fischer seit geraumer Zeit auf Europa zukommen sieht. Nur laut sagen mag das der deutsche Außenminister dieser Tage nicht. Die Ahnung, bei der Suche nach einer Verfassung samt wirklicher Demokratie könnte sich eine europäische "Avantgarde" (Chirac), ein "Gravitationskern" (Fischer) herausbilden, war stets ein denkbare Element seines Szenarios. Nur droht nun, dass dieser Nukleus sich durch schiere Aufweichung der Ränder herausbildet: Die Peripherie bricht weg, das Zentrum bleibt?

So muss es nicht kommen. Die Kampagne gerade linker EU-Skeptiker vor dem Referendum lässt sich ja auch als Ersatzhandlung deuten: Weil es vielen Iren an europäischer Demokratie mangelt, treten sie - per nationalem Plebiszit - auf die Bremse. Als Gegenmittel könnten die Staats- und Regierungschefs schon heute versprechen, dem vereinten Europa im Verlauf der nächsten Reform, ihrem so genannten Post-Nizza-Prozess, endlich mehr Demokratie zu gewähren. Die Idee, bei der Europawahl im Jahr 2004 gleich auch den künftigen Präsidenten der EU-Kommission mitzuwählen, hat Charme - und gewinnt selbst im Kreis der EU-Fürsten immer mehr Anhänger.

Das n1 deutet an, welche Zerrei13proben künftige auf das gr131ere Europa zukommen werden. Auf ihrem Gipfeltreffen in G13teborg m13gen die versammelten Staats- und Regierungschefs eifrig flickschustern, um sich aus der "irischen Falle" zu befreien. Eine wirkliche Antwort - die Ahnung eines Konsenses dar13ber n13mlich, was sie mit der Union anfangen wollen - werden sie schuldig bleiben. Leichter wird diese Suche nicht, da selbst im EU-Kernland Italien nun ein Silvio Berlusconi regiert, der herzlich wenig anzufangen wei13 mit Europa. Die Herren Aznar aus Madrid und Ahern aus Dublin haben, so ganz am Rande, Gesellschaft bekommen.

Erst im kommenden Jahr, nach den Wahlen in Frankreich, wird sich erweisen, ob dieses Europa 13berhaupt noch einen Kern hat. Dann m13ssen sich die Regierungen zu Paris und Berlin zusammenraufen - und den Partnern offenbaren, was ihnen die Erweiterung (in Euro!) wert ist. Und wie das europ13ische Haus konstruiert sein soll. Das w13re kein Diktat, sondern ein neuer Anfang. Die Iren werden sich mit Sicherheit einmischen, eifriger denn je.